

Bauvorhaben im Tannenhof

Dr. Martin Nawrath (Tannenhof 8): Auf dem Nachbargrundstück seines Anwesens in Wolterdingen sei die Genehmigung für eine Grenzbebauung beantragt. Nach der ihm als Nachbar vom Bauverwaltungsamt der Stadt erteilten Auskunft müsse er damit rechnen, dass diesem Bauantrag stattgegeben werde. Dies sei nicht in seinem Sinne. Deshalb wolle er das Bauvorhaben in der geplanten Form verhindern, soweit dies möglich sei. Als Angrenzer sehe er starke Nachteile auf sich zukommen. So zum Beispiel hinsichtlich der geplanten Lösung für die Dachentwässerung. Seiner Beurteilung nach sei der Bauplan lückenhaft und beinhalte vielleicht auch falsche Fakten. Der Plan sehe zwar nur den Bau einer Garage vor, er gehe aber davon aus, dass in naher Zukunft dazu auch die Erstellung eines Wohnhauses beabsichtigt sei. Aus diesem Grund vermute er dass mit dem vorgelegten Bauplan das Bauordnungsamt irreführt werde. Deshalb bitte er den Gemeinderat, dem Bauvorhaben nicht stattzugeben und für den Bau der Garage einen Mindestabstand zu seinem Grundstück zu bestimmen. Es gebe auch keinen ersichtlichen Grund für die Notwendigkeit einer Grenzbebauung.

Oberbürgermeister Frei: Die Entscheidungskompetenz in Angelegenheiten dieser Art liege nicht beim Gemeinderat, sondern bei der Baugenehmigungsbehörde im Bauordnungsamt. Trotzdem würden die vorgetragenen Bedenken aufgenommen und verwaltungsintern auch geprüft.

Herr Bea/Bauverwaltungsamt: Das Baurechtsverfahren zum angesprochenen Bauvorhaben laufe erst seit etwa drei Wochen. Es befinde sich noch alles in der Prüfungsphase. Entscheidungen seien noch nicht getroffen. So wie bei jedem anderen Genehmigungsverfahren würden auch in diesem Fall die Einwendungen der Anlieger geprüft. Ausschlaggebend für die Erteilung der Baugenehmigung seien die Regelungen der Landesbauordnung.

Beschluss:

2) TOP 10-003/11 Hauptsatzung - Entscheidungskompetenzen Bauausschuss

Bürgermeister Kaiser führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Im Entwurf der Änderungssatzung müsse es bei den Änderungen zu § 9 der Hauptsatzung bei Ziffer 3.1 anstatt § 1 BauGB § 31 BauGB heißen.

Stadtrat Karrer: Er beantrage, den Bauausschuss abzuschaffen, da dieser eigentlich keine Entscheidungskompetenzen habe.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Es sei wichtig, dass der Bauausschuss als beratendes Gremium auch weiterhin bestehen bleibe. Beim Beschlussvorschlag bitte er um folgende Ergänzung: „Die Verwaltung hält sich bezüglich ihrer Entscheidungen an das Votum des Bauausschusses.“

Oberbürgermeister Frei: Eine Regelung in dieser Form müsse seiner Ansicht nach nicht erfolgen. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Verwaltung an die Empfehlungen des Bauausschusses halten werde. Dies sei so schon immer praktiziert worden.

Stadträtin Dr. Jarumbek: Mit der Tätigkeit des Bauausschusses werde die dem Gemeinderat zustehende Planungshoheit nicht aus der Hand gegeben. Deshalb werde sie dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Es empfehle sich aber, mit der Satzungsänderung das Mitwirkungsrecht des Bauausschusses wie folgt festzuschreiben. „Die Verwaltung soll nur aus dringenden Gründen vom Beschluss des Bauausschusses abweichen. Weicht die Verwaltung vom Beschluss des Bauausschusses ab, hat sie die Gründe hierfür in der nächsten Bauausschusssitzung ausführlich darzulegen.“

Stadtrat Blaurock: Auch die Grünen-Fraktion spreche sich für den Erhalt des Bauausschusses aus.

Stadtrat Karrer: Mit der Abschaffung des Bauausschusses verzichte der Gemeinderat nicht auf die ihm zustehende Planungshoheit. Die Verwaltung müsse in gleicher Weise wie der Bauausschuss nach Recht und Gesetz entscheiden. Bei den kritischeren Verfahren im Außenbereich gebe es keinen Ermessensspielraum.

- Beschluss:
1. Dem Antrag von Stadtrat Karrer, den Bauausschuss abzuschaffen, wird nicht zugestimmt.
(25 Nein, 5 Ja, 2 Enthaltungen)
 2. Den Beschlussvorschlägen der Verwaltung mit der von Frau Dr. Jarumbek vorgeschlagenen Ergänzung wird zugestimmt.
(27 Ja, 5 Enthaltungen)

3) TOP 10-005/11 Bürgerversammlungen - Terminierung und Einberufung

Oberbürgermeister Frei: In den Bürgerversammlungen werde er über die gesplittete Abwassergebühr, über abgeschlossene und über neue städtische Projekte informieren. Zum Thema gesplittete Abwassergebühr seien zusätzlich separate Bürgerinformationen geplant. Bei den Informationen zur Donauhalle werde in den Bürgerversammlungen auch die Abrechnung der Baukosten präsentiert. Dies auch in Form einer kleinen Broschüre.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 10-006/11 Tag des offenen Rathauses - Information

Beschluss:

Die Information zum Tag des offenen Rathauses wird zur Kenntnis genommen.

5) TOP 10-007/11 Satzung Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit - Änderung

Die Stadträte, die in ihren Stadtteilen zum Ortsvorsteher bestellt sind, nehmen wegen Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Ernst Zimmermann führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

(Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Ortsvorsteher seien im Vorfeld über die Änderung der Entschädigungssatzung nicht informiert worden, da sich bei ihnen hinsichtlich der Höhe der Entschädigungen nichts ändere.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

6) TOP 20-009/11 Haushaltsreste - Übertrag in das Jahr 2011

Herr Bea: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Haushaltsreste beim Sanierungsgebiet Donauhalle - Zuschüsse an Private seien zum Teil schon verplant. Diese Sanierungsmaßnahme werde nach maximal zwei Jahren endgültig abgeschlossen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

7) TOP 32-003/11 Verkaufsoffener Sonntag - Frühlingsfest mit Autoausstellung

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

8) TOP 60-014/11 Erneuerung Straßenbeleuchtung - Förderprogramm für Klimaschutzprojekte

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 60-015/11 Bebauungsplan Proviantamt / Änderung - Aufstellungs- und Zustimmungsbeschluss

Herr Bunse erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt. Neben den bereits genehmigten Nutzungen sollen Sportgeräte, Sportbekleidung und ein Elektromarkt planungsrechtlich abgesichert werden. Der Eigentümer habe angekündigt, dass sich bei den in den nächsten Wochen anstehenden Verhandlungen mit den möglichen Mietern noch Änderungen bei den Branchen ergeben könnten. Sollten planungsrechtlich Branchenergänzungen noch notwendig werden, werde der Gemeinderat bei Fassung des Satzungsbeschlusses darüber informiert.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

10) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Oberbürgermeister Frei: Seit heute schmücke das von der Familie Lang gespendete Bild von Hans Lang den Seminarbereich. Das Bild trage den passenden Titel „der gemeine Rat“.

Gesplittete Abwassergebühr

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadträtin Wesle) Anfang Januar 2011 sei die notwendige Befliegung der Grundstücke erfolgt. Derzeit würden die dabei erfassten Daten aufbereitet. Es sei vorgesehen, im Juni alle Grundstückseigentümer über die Ergebnisse schriftlich zu informieren. Dafür würden für die Grundstückseigentümer spezielle Sprechzeiten bei der Verwaltung eingerichtet. Nach den bisherigen Planungen könne der Gemeinderat im Herbst 2011 die neue Abwassergebührensatzung beschließen. Damit könne rückwirkend zum 01.01.2010 die neue Abwassergebühr errechnet werden. Auch sei es dann möglich, die ab 2012 zu zahlende Gebühr nach den Regelungen der neuen Satzung zu berechnen. Im Juni seien drei Informationsveranstaltungen zur gesplitteten Abwassergebühr geplant. Bei diesen würden Herr Bürgermeister Kaiser, Herr Bunse und ein Fachmann den interessierten Bürgern für Fragen zur Verfügung stehen.

Beschluss: